

Protokoll

der 49. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, dem 14. Februar 2006 im Bürgerhaus Rodheim

Beginn der Sitzung: 20:05 Uhr

Ende der Sitzung: 21:50 Uhr

Zuhörer: 16

Anwesende Stadtverordnete:

CDU

Becker, Hans

Biedenkapp, Frank

Dietrich, Petra

Förster, Hans-Jürgen

Haupt, Emmi

Karehnke, Regina

Krogmann, Erika

Kuhn, Tobias

Paduch, Harry

Philippbaar, Astrid

Saenger, Hartmut

Schnabel, Henrik

Schneiderbauer, Johann Baptist

SPD

Haag, Manfred

Kröger, Jürgen

Launhardt, Dieter

Meincke, Joachim

Merz, Irina

Rathjens, Dr., Hans Peter

See, Herbert

Sill, Heinz

Stengel, Christian ab 20:35h

Zeidler, Reinhard

FWG

Fornoff, Gerda

Groetsch, Paul

Moscherosch, Hans-Albert

Romeike, Frank

Sehr, Günter

Soff, Walter

puR

Launhardt, Cornelia

Schön, Norbert

Wyrwoll, Herbert

FDP

Hoffmann, Volker ab 20:45h

Korger, Dr., Lothar

Nichtanwesende Stadtverordnete:

CDU

Veen, Wulf-Berend

SPD

Merz, Bernhard

FWG

Lamping, Christian

Vom Magistrat waren anwesend:

Bürgermeister Brechtel, Detlef

Erster Stadtrat Götz, Hans

Stadträtin Hafner, Anna Margareta

Stadtrat Blöcher, Gottfried

Stadtrat Lamping, Prof. Dr., Heinrich

Stadtrat Schöniger, Arndt

Vom Magistrat war nicht anwesend:

Stadtrat Datz, Wolfgang

Schriftführer:

Kraus, Andreas

Die Stadtverordnetenvorsteherin, Frau Krogmann, eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, indem sie alle Anwesende herzlich begrüßt. Sie weist darauf hin, dass die Sitzung mit Ladung vom 6. Februar 2006 ordnungsgemäß form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass mit der Einladung die Tagesordnung zugestellt wurde. Des Weiteren stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Änderungswünsche bezüglich des Protokolls der 48. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ergeben sich nicht. Es ist somit angenommen.

Aus der Beratung des Ältestenrates wird vorgeschlagen den Tagesordnungspunkt 7 an das Ende der Tagesordnung zu setzen (neu Top 13). Damit werden die Altpunkte 8, 9, 10, 11, 12 und 13 neu 7, 8, 9, 10 und 12.

Des Weiteren sollen die Tagesordnungspunkte neu 9, 10, 11 und 12 ohne Aussprache behandelt werden.

Gegen die folgende Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit steht die Tagesordnung fest.

Tagesordnung:

1. *Mitteilungen*
2. *Kleine Anfragen*
3. *Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2006*
Auflistung der Gutachten zum Baugebiet Feldpreul
4. *Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2006*
Kostendarstellung bei Umbau / Sanierung Grundschule Bergstraße zum Rathaus
5. *Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2006*
Prioritätenliste für die Optimierung des städtischen Grund- und Gebäudevermögens
6. *Antrag der SPD-Fraktion vom 15.01.2006*
Bericht über Investitionsprogramm jeweils zum Quartalsende
7. *Vermarktung der Gewerbegrundstücke an der B 455 / Feldpreul*
Weiteres Verfahren - Tendenzbeschluss
8. *Bebauungsplan Nr. OR/16 „Feldpreul und andere Gemarkungsteile“ 2. Änderung*
 1. Feststellung des Entwurfs
 2. Durchführung der Bürger- und Trägerbeteiligung
9. *Bebauungsplan Nr. OR/16 „Feldpreul und andere Gemarkungsteile“ 2. Änderung*
Satzungsbeschluss zur Veränderungssperre

10. *Bebauungsplan Nr. RH/8 „Im Seelhof“ 2. Änderung*
Auswertung der Träger- und Bürgerbeteiligung
11. *Entwurfsfeststellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes RH/8*
„Im Seelhof“ sowie Durchführung der Bürger- und Trägeranhörung
12. *Erhebung von Erschließungsbeiträgen*
Gemarkung Nieder-Rosbach, Flur 1, Flurstück-Nr. 940/1 (teilweise)
 - Abweichungssatzung von der Erschließungsbeitragssatzung
 - Fertigstellung und Widmung
13. *Antrag der CDU-Fraktion vom 05.02.2006*
1-Euro-Jobs

ZU TOP 1	<i>Mitteilungen</i>
-----------------	----------------------------

Bürgermeister:

Der Bürgermeister verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen. Diese sind dem Protokoll beigefügt.

Haupt- und Finanzausschuss:

Herr Launhardt berichtet aus der Sitzung vom 02.02.2006.
Folgender Tagesordnungspunkt wurde behandelt:

Vermarktung der Gewerbegrundstücke an der B-455 / Feldpreul
Vorlage der finanziellen Angebote und Vertragsentwürfe – weiteres Verfahren

Umwelt- und Planungsausschuss:

Herr Schneiderbauer berichtet aus der Sitzung vom 31.01.2006 und 07.02.2006
Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

Vermarktung der Gewerbegrundstücke an der B-455 / Feldpreul
Vorlage der finanziellen Angebote und Vertragsentwürfe – weiteres Verfahren

Bebauungsplan Nr. OR/16 „Feldpreul und andere
Gemarkungsteile“ 2. Änderung
1. Feststellung des Entwurfs
2. Durchführung der Bürger- und Trägerbeteiligung

Bebauungsplan Nr. OR/16 „Feldpreul und andere
Gemarkungsteile“ 2. Änderung
Satzungsbeschluss zur Veränderungssperre

Bebauungsplan Nr. RH/8 „Im Seelhof“ 2. Änderung
Auswertung der Träger- und Bürgerbeteiligung

Entwurfsfeststellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes RH/8
„Im Seelhof“ sowie Durchführung der Bürger- und Trägeranhörung

Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes
RH/8 „Im Seelhof“ hinsichtlich der Überschreitung der
überbaubaren Grundstücksfläche

Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes
RH/8 „Im Seelhof“ 1. Änderung hinsichtlich der Festsetzung des Kniestocks

ZU TOP 2	<i>Kleine Anfragen</i>
-----------------	-------------------------------

Dieser TOP wird nicht protokolliert.

ZU TOP 3	<i>Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2006 Auflistung der Gutachten zum Baugebiet Feldpreul</i>
-----------------	---

Der Antragstext der CDU-Fraktion lautet wie folgt:

Der Magistrat wird aufgefordert der Stadtverordnetenversammlung die von ihm genannten 29 des Baugebiet Feldpreul betreffenden Gutachten aufzulisten. Bei der Auflistung sind die jeweiligen Jahreszahlen der Erstellung des Gutachtens, der Untersuchungsgegenstand sowie die hierdurch entstandenen Kosten darzulegen.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Gesamt-Stimmen	32	13	9	6	3	1
Ja-Stimmen	13	13	--	--	--	--
Nein-Stimmen	19	--	9	6	3	1
Stimmenthaltungen	--	--	--	--	--	--
TOP 3 abgelehnt						

ZU TOP 4	<i>Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2006 Kostendarstellung bei Umbau / Sanierung Grundschule Bergstraße zum Rathaus</i>
-----------------	---

Der Antragstext der CDU-Fraktion lautet wie folgt:

Der Magistrat wird aufgefordert der Stadtverordnetenversammlung die von ihm für den Umbau/Sanierung der Grundschule Bergstraße in Ober-Rosbach zum Rathaus angegebenen Kosten in Höhe von 2,6 Mio. € detailliert aufzuschlüsseln.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Gesamt-Stimmen	32	13	9	6	3	1
Ja-Stimmen	13	13	--	--	--	--
Nein-Stimmen	19	--	9	6	3	1
Stimmenthaltungen	--	--	--	--	--	--
TOP 4 abgelehnt						

ZU TOP 5	Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2006 Prioritätenliste für die Optimierung des städtischen Grund- und Gebäudevermögens
-----------------	--

Der Antragstext der CDU-Fraktion lautet wie folgt:

Der Magistrat wird aufgefordert den Stadtverordneten eine aktualisierte Prioritätenliste für die Optimierung des städtischen Grund- und Gebäudevermögens vorzulegen. Hierbei ist insbesondere der geschätzte Investitionsbedarf der städtischen Immobilien der zuletzt vorgelegten Liste vom 27.03.2003 (vorgelegt mit Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung vom 22.04.2003) dem aktuellen Stand anzupassen.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Gesamt-Stimmen	32	13	9	6	3	1
Ja-Stimmen	25	13	9	--	3	--
Nein-Stimmen	4	--	--	4	--	--
Stimmenthaltungen	3	--	--	2	--	1
TOP 5 beschlossen						

ZU TOP 6	Antrag der SPD-Fraktion vom 15.01.2006 Bericht über Investitionsprogramm jeweils zum Quartalsende
-----------------	--

Der Antragstext der SPD-Fraktion lautet wie folgt:

Der Magistrat hat dem Haupt- und Finanzausschuss in dessen jeweils ersten Sitzung nach Ende eines Quartals über den Stand der einzelnen Projekte des Investitionsprogramms zu berichten.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Gesamt-Stimmen	32	13	9	6	3	1
Ja-Stimmen	32	13	9	6	3	1
Nein-Stimmen	--	--	--	--	--	--
Stimmenthaltungen	--	--	--	--	--	--
TOP 6 beschlossen						

ZU TOP 7	Vermarktung der Gewerbegrundstücke an der B 455 / Feldpreul Weiteres Verfahren - Tendenzbeschluss
-----------------	--

Der Beschlussvorschlag der FDP-Fraktion lautet wie folgt:

- 1.) Auf Grund der bisher vorliegenden Angebote und Pläne wird das Vorhaben der Firma Gold.stein, mit dem Pflegeheimbetreiber AGO favorisiert.
- 2.) Der Magistrat wird beauftragt, das Projekt weiterzuverfolgen und mit der Firma Gold.stein folgende Fragen zur endgültigen Entscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung zu klären:

- Die Ansichten des geplanten Gebäudes zur B 455 und zur L 3352 sind entsprechend aufgelockert zu gestalten. Dies ist im geeigneten Verfahren zu visualisieren.
- Detaillierte Planungen zur Platzgestaltung und zur möglichen Nutzung sind zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.
- Der künftige Betreiber des Pflegeheims hat unverzüglich Verhandlungen mit dem Wetteraukreis hinsichtlich der Investitionskostenvereinbarung aufzunehmen und weitgehend zu Ende zu bringen.
- Verzicht auf die gesamtschuldnerische Haftung für anfallende Kosten und Gebühren der beiden notariellen Vertragsabschlüsse.
- Keine dinglichen Sicherungsinstrumente zulasten der im Eigentum der Stadt verbleibenden Parkplätze oder sonstigen Flächen.
- Durch entsprechende Planunterlagen ist sicher zu dokumentieren, dass keine Pflegezimmer des Altenheims zur B 455 angeordnet sind.
- Darüber hinaus sind noch folgende Pläne des städtebaulichen Vertrages vorzulegen. Diese sind im Einzelnen:
 - a) Lageplan mit den Grenzen des vertragsgegenständlichen Grundbesitzes
 - b) Entwurfsplanung und Baubeschreibung für die Durchführung des Immobilienprojekts
 - c) Entwurfsplanung zu der Parkflächengestaltung
 - d) Entwurfsplanung für die Gestaltung des Einmündungsbereiches der städtischen Straße Bei den Junkergärten
 - e) Entwurfsplanung für die Gestaltung der Parkflächen auf städtischen Grundstücken

Bürgermeister Brechtel berichtet über das weitere Verfahren. Als er über die Alternativen Standorte berichtet, ruft die Stadtverordnetenvorsteherin ihn zur Sache und bittet, bei seiner Rede nicht vom Verhandlungsgegenstand abzuschweifen.

Daraufhin entwickelt sich eine heftige Diskussion. Frau Krogmann unterbricht die Sitzung und ruft den Ältestenrat zusammen.

Nach Wiederbeginn der Sitzung erteilt Frau Krogmann, auf Vorschlag des Ältestenrates, Bürgermeister Brechtel eine Rüge für einen persönlichen Angriff gegen den Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Schnabel und bittet nochmals nur über das weitere Verfahren bezüglich Vermarktung der Gewerbegrundstücke an der B 455 / Feldpreul zu reden.

Bürgermeister Brechtel beendet daraufhin sein Wortbeitrag unter Protest. Seiner Meinung nach stehen seine Ausführungen eng im Zusammenhang mit dem zu behandelten Tagesordnungspunkt.

Die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Vermarktung der Gewerbegrundstücke an der B 455 (Feldpreul) wird ausgesetzt und soll dem 26.03.2006 neu zu wählenden Parlament zur Herbeiführung einer Entscheidung wieder vorgelegt werden.

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion:

Abstimmungsergebnis	Gesamt	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Gesamt-Stimmen	34	13	10	6	3	2
Ja-Stimmen	13	13	--	--	--	--
Nein-Stimmen	21	--	10	6	3	2
Stimmenthaltungen	--	--	--	--	--	--
TOP 7 Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt						

Abstimmung über den Beschlussvorschlag der FDP-Fraktion:

Abstimmungsergebnis	Gesamt	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Gesamt-Stimmen	34	13	10	6	3	2
Ja-Stimmen	21	--	10	6	3	2
Nein-Stimmen	13	13	--	--	--	--
Stimmenthaltungen	--	--	--	--	--	--
TOP 7 Antrag der FDP-Fraktion beschlossen						

ZU TOP 8	<i>Bebauungsplan Nr. OR/16 „Feldpreul und andere Gemarkungsteile“ 2. Änderung</i> 1. Feststellung des Entwurfs 2. Durchführung der Bürger- und Trägerbeteiligung
-----------------	---

Der Beschlussvorschlag des Magistrates lautet wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den vorgelegten Entwurf zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. OR/16 „Feldpreul und andere Gemarkungsteile (Planungsstand Jan/2006) fest und beauftragt den Magistrat gleichzeitig die Bürger- und Trägerbeteiligung für diesen Teilbereich durchzuführen.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Gesamt-Stimmen	34	13	10	6	3	2
Ja-Stimmen	21	--	10	6	3	2
Nein-Stimmen	13	13	--	--	--	--
Stimmenthaltungen	--	--	--	--	--	--
TOP 8 beschlossen						

ZU TOP 9	<i>Bebauungsplan Nr. OR/16 „Feldpreul und andere Gemarkungsteile“ 2. Änderung Satzungsbeschluss zur Veränderungssperre</i>
-----------------	---

Der Beschlussvorschlag des Magistrates lautet wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende Satzung zur Veränderungssperre.

**Satzung einer Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes
Nr. OR/16 „Feldpreul und andere Gemarkungsteile“ 2. Änderung**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d. Höhe hat in ihrer Sitzung am 26.09.2000 den Bebauungsplan Nr. OR/16 beschlossen. Darüber hinaus wurde in der Sitzung am 16.03.2004 eine 2. Änderung dieses Bebauungsplanes beschlossen. Auf Grund der heutigen Beschlusslage zur Feststellung des Entwurfes hat die Stadtverordnetenversammlung am auf der Grundlage der §§ 14 Abs. 1 und 16 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 20.07.2004 (in Verbindung mit § 5 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.1993) folgende Satzung beschlossen:

1. Zur Sicherung der Planung im künftigen Bereich des Bebauungsplanes Nr. OR/16 „Feldpreul und andere Gemarkungsteile“ 2. Änderung wird eine Veränderungssperre beschlossen.
2. Die Veränderungssperre gilt für das Gebiet in der Gemarkung Ober-Rosbach im Wesentlichen für den Straßenzug zwischen L 3352 und der Feldpreul. Das Änderungsgebiet umfasst folgende Grundstücke:
Flur 12, Nr. 594, 602, 603, 604, 601, 600, 628/2 und 628.
3. Im Gebiet der Veränderungssperre dürfen
 - Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt und bauliche Anlagen nicht beseitigt werden;
 - erhebliche oder wesentliche wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderung nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.
4. Wenn überwiegend öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden.
5. Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.
6. Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Sie tritt außer Kraft, sobald und soweit die Bauleitplanung für das von der Veränderungssperre betroffene Gebiet rechtsverbindlich abgeschlossen ist, spätestens jedoch zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten.

Rosbach v.d. Höhe, den

(Brechtel)
Bürgermeister

Abstimmungsergebnis	Gesamt	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Gesamt-Stimmen	34	13	10	6	3	2
Ja-Stimmen	34	13	10	6	3	2
Nein-Stimmen	--	--	--	--	--	--
Stimmenthaltungen	--	--	--	--	--	--
TOP 9 beschlossen						

ZU TOP 10	<i>Bebauungsplan Nr. RH/8 „Im Seelhof“ 2. Änderung Auswertung der Träger- und Bürgerbeteiligung</i>
------------------	--

Der Beschlussvorschlag des Magistrates lautet wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Abwägungsvorschlägen des Büros Bremmer, Lorenz, Frielinghaus hinsichtlich der Bedenken des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen sowie des Wetteraukreises Kreisbauamt an. Die Abwägungsvorschläge sind der Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Gesamt-Stimmen	34	13	10	6	3	2
Ja-Stimmen	34	13	10	6	3	2
Nein-Stimmen	--	--	--	--	--	--
Stimmenthaltungen	--	--	--	--	--	--
TOP 10 beschlossen						

ZU TOP 11	<i>Entwurfsfeststellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes RH/8 „Im Seelhof“ sowie Durchführung der Bürger- und Trägeranhörung</i>
------------------	--

Der Beschlussvorschlag des Magistrates lautet wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vorgelegten Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes RH/8 „Im Seelhof“ (Planungsstand Februar 2006) um anschließend die Träger- und Bürgerbeteiligung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Gesamt-Stimmen	34	13	10	6	3	2
Ja-Stimmen	34	13	10	6	3	2
Nein-Stimmen	--	--	--	--	--	--
Stimmenthaltungen	--	--	--	--	--	--
TOP 11 beschlossen						

ZU TOP 12	<i>Erhebung von Erschließungsbeiträgen Gemarkung Nieder-Rosbach, Flur 1, Flurstück-Nr. 940/1 (teilweise) - Abweichungssatzung von der Erschließungsbeitragssatzung - Fertigstellung und Widmung</i>
------------------	--

Der Beschlussvorschlag des Magistrates lautet wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die nachstehende Abweichungssatzung von der Erschließungsbeitragssatzung.

**Abweichungssatzung
von der
Erschließungsbeitragssatzung (EBS)**

Aufgrund des § 132 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung des Europarechtsanpassungsgesetzes Bau vom 24. Juni 2004 (BGBl I Seite 1359) in Verbindung mit § 5 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142) zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.03.2005 (GVBl. I S. 229) und § 13 Abs. 3 der Erschließungsbeitragssatzung (EBS) vom 10.04.1992 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe in ihrer Sitzung am 14.02.2006 folgende Abweichungssatzung beschlossen :

Artikel 1

Von den Bestimmungen des § 13 Abs. 1 der Erschließungsbeitragssatzung wird für die Straße in der Gemarkung Nieder-Rosbach, Flur 1, Flurstück-Nr. 940/1 wie folgt abgewichen :

Die Straße Flurstück-Nr. 940/1 erhält von der Einmündung Schulstraße (Flurstück-Nr. 395/2) bis zur Einmündung Taunusblick (Flurstück-Nr. 1011/3), Bäckergasse (Flurstück-Nr. 939) keine Gehwege.

Artikel 2

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Rosbach v.d.Höhe, den

Magistrat der Stadt
Rosbach v.d.Höhe

Brechtel
(Bürgermeister)

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Straße Gemarkung Nieder-Rosbach, Flur 1, Flurstück-Nr. 940/1 (teilweise) von der Einmündung Schulstraße bis zur Einmündung Taunusblick/Bäckergasse mit Inkrafttreten der Abweichungssatzung von der Erschließungsbeitragssatzung endgültig hergestellt ist.

Die vorgenannte Straße wird gemäß § 4 des Hessischen Straßengesetzes dem öffentlichen Verkehr gewidmet und der Gruppe der Gemeindestraßen zugeordnet.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Gesamt-Stimmen	34	13	10	6	3	2
Ja-Stimmen	34	13	10	6	3	2
Nein-Stimmen	--	--	--	--	--	--
Stimmenthaltungen	--	--	--	--	--	--
TOP 12 beschlossen						

ZU TOP 13	Antrag der CDU-Fraktion vom 05.02.2006 1-Euro-Jobs
------------------	---

Der Antragstext der CDU Fraktion lautet wie folgt:

Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung einen detaillierten Bericht über alle vorhandenen und geplanten 1-Euro-Jobs vorzulegen. In diesem soll von jeder 1-Euro-Stelle aufgeführt sein:

- Art der Tätigkeit
- Wurde diese Tätigkeit schon jemals an diese Stelle ausgeführt oder wird diese Tätigkeit mit diesem 1-Euro-Job erstmals ausgeführt?
- Wenn diese Tätigkeit zuvor schon ausgeführt wurde: welche Zeitspanne liegt zwischen der letzten „normalen“ Besetzung und der Besetzung mit einem 1-Euro-Job?
- Von wem wurde die vorherige Arbeitskraft gekündigt?
- Hat das Arbeitsamt die Bereitstellung der 1-Euro-Jobs subventioniert?

Der Antrag wird um den Zusatz: „Personenbezogene Daten werden nicht aufgeführt.“ erweitert.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	CDU	SPD	FWG	puR	FDP
Gesamt-Stimmen	34	13	10	6	3	2
Ja-Stimmen	21	13	3	--	3	2
Nein-Stimmen	13	--	7	6	--	--
Stimmenthaltungen	--	--	--	--	--	--
TOP 13 beschlossen						

Rosbach v.d.Höhe, den 16. Februar 2006

Krogmann
Stadtverordnetenvorsteherin

Kraus
Schriftführer